

Nach dem Gesprächsprozess: Jetzt kann der Dialog endlich richtig beginnen

Eine erste Einschätzung zum Abschluss des Gesprächsprozesses in Würzburg

Das Abschlusstreffen des sogenannten Gesprächsprozesses der katholischen Kirche in Deutschland vom 11. – 12. September 2015 in Würzburg bestand im Wesentlichen aus zwei Teilen: der intensiven Beratung und Abstimmung eines gemeinsamen Abschlussberichts und einer Runde, in der Anregungen für eine Botschaft der Bischöfe zusammengetragen wurden, die im Nachgang zu diesem Prozess noch veröffentlicht werden wird. Beide Einheiten machten deutlich: Jetzt kann der Dialog (erst) richtig beginnen.

Im 30-seitigen Abschlussbericht wurden die wichtigsten angesprochenen Themen und dabei vertretenen, teilweise kontroversen Positionen des Gesprächsprozesses dokumentiert. Neben Grundlagen und Leitgedanken einer kirchlichen Erneuerung konnten auch Bausteine und Anregungen für eine Reform des kirchlichen Lebens formuliert werden. Bischof Franz-Josef Overbeck bezeichnete den Bericht als „Hausaufgabenheft“. Tatsächlich macht der Bericht deutlich, wie viel offen bleiben musste und was es alles noch zu beraten und zu diskutieren gilt.

Als dann die vorgelegten Textbausteine des Entwurfs der Botschaft der Bischöfe beraten wurden, brachten die am Gesprächsprozess Beteiligten nochmals eine sehr große Zahl dieser und weiterer Anliegen ein. Auch die Frage des Wie der Weiterführung des Prozesses wurde intensiv kommentiert. Von den Bischöfen wird nun erwartet, sich zu Anwälten einer weiteren Befassung mit den aufgezeigten Themen zu machen. Die Bischöfe betonten ihrerseits immer wieder, dass nun, nachdem der „Grundwasserspiegel des Vertrauens“ gestiegen sei, der Dialog unbedingt weiter geführt werden müsse. Zu diesem Zweck eine Synode der deutschen Bistümer durchzuführen, wie es noch auf dem Dialogtreffen in Magdeburg 2014 von vielen gefordert worden war, dazu konnten sich die Bischöfe jedoch nicht durchringen, offenbar vor allem wegen der einer Synode inzwischen auferlegten kirchenrechtlichen Beschränkungen. Sie formulierten aber die Absicht, alle zwei bis drei Jahre zu einem „Konvent“ einzuladen, auf dem in konzentrierterer Form einzelne wichtige, auch mit anderen kirchlichen Gruppen vereinbarte Themen besprochen werden sollen. Darin liegt die Chance, insbesondere strittige Fragen intensiver, auch unter Zuhilfenahme von Expertinnen und Experten und in einem echten argumentativen Diskurs – mit „intellektueller Anstrengung“, wie Reinhard Kardinal Marx in seiner Predigt im Abschlussgottesdienst betonte – miteinander zu besprechen sowie möglicherweise Lösungen zu finden, die auch tatsächlich konkret umgesetzt werden können. So könnte der weitere Dialogprozess im Konkreten nicht so relativ folgenlos bleiben, wie das am bisherigen Gesprächsprozess immer wieder kritisiert worden war.

Wie viele andere Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens auch, bedauern wir, dass viele wichtige Probleme, unter denen unsere Kirche in der Gegenwart leidet, auch durch den Gesprächsprozess nicht aus der Welt geschafft werden konnten. Gleichwohl denken wir, dass man bei realistischen Erwartungen einigermaßen zufrieden sein kann und weiterhin auf notwendige Reformen in der Kirche hoffen kann – wenn das auch sicherlich in Zukunft nicht einfach sein wird. Aber es ist eben weit weniger aussichtslos, als uns dies vor Beginn des Gesprächsprozesses erschien. Insofern hat sich die Lage – natürlich auch dank Papst Franziskus – entscheidend verändert. Ob dies so bleibt, hängt nun

sicherlich vom weiteren mutigen Engagement der Bischöfe und auch vom Ausgang der Römischen Bischofssynode ab.

Überschattet wurde das diesjährige Treffen des Gesprächsprozesses durch einige unglückliche Interventionen des Regensburger Bischofs Rudolf Voderholzer, der mit einer verschwindend kleinen Minderheit (9 Stimmen) bei der Abschlussabstimmung über den Bericht auch mit „Nein“ gestimmt hat. Aussagen über die strittige Frage der Zulassung von Frauen zum Priesteramt wollte er mit Verweis auf die aus seiner Sicht endgültigen Entscheidungen des Lehramts ganz aus dem Abschlussbericht verbannen. Und seine Betonung des „Weltdienstes“ der Laien klang doch sehr nach der Forderung, die Laien sollten sich gefälligst aus den innerkirchlichen Fragen der Lehre und des Amtes in der Kirche heraushalten, weil sie das nichts angehe. Das empörte viele Teilnehmende. Sie meinten, dass man mit einer solchen Einstellung hinter das Kirchenverständnis des Zweiten Vatikanischen Konzil und der Würzburger Synode zurückfalle. Auch vielen der anwesenden Bischöfe waren die Äußerungen ihres Mitbruders sichtlich unangenehm. Es gibt vielfältige Konfliktlinien innerhalb des deutschen Katholizismus, aber auf dem Würzburger Treffen sind die Konflikte zwischen einer großen Mehrheit der Bischöfe und einer Minderheit von wenigen (bayerischen) Bischöfen deutlich sichtbar geworden, auch wenn die Mehrheit alles versucht hat, um diese Meinungsunterschiede nicht noch zu verschärfen.

Wohlthuend war, dass die Bischöfe der „Steuerungsgruppe“ des Prozesses, Bischof Franz-Josef Bode, Bischof Franz-Josef Overbeck und Reinhard Kardinal Marx, immer wieder betont haben, wie sehr die Kirche Kommunikation unter allen ihren Gliedern und Partizipation aller, auch der Laien, brauche, um zukunftsfähig zu werden. Sie bezogen sich dabei auf das Zweite Vatikanische Konzil, das vor 50 Jahren endete, und auf die Würzburger Synode, die vor 40 Jahren abgeschlossen wurde. Es hatte einen hohen symbolischen Wert, dass das Kreuz der Synode, das normalerweise im Würzburger Dom steht, eigens an den Tagungsort gebracht worden war. Reinhard Kardinal Marx stellte in seinem Schlusswort heraus, dass die Kirche nicht nur lehren solle, sondern auch lernen müsse. Eine Kirche, in der nicht offen kommuniziert werden könne, habe keine Zukunft. Die Haltung den Adressaten gegenüber dürfe nicht sein: „Wir haben die Wahrheit, wasch' Dir Deine Ohren.“ „So geht es nicht“, betonte der Münchner Erzbischof.

Auf Grund der aktuellen und bedrängenden Flüchtlingsproblematik kam aus der Versammlung heraus der drängende Wunsch, auch ein kurzes Wort zu dieser Thematik zu sagen, in der die Teilnehmenden eine gemeinsame Aufgabe der staatlichen Organe, der ganzen bürgerschaftlichen Gesellschaft und auch der Kirche sehen. Diese Botschaft, die sehr schnell und pragmatisch erstellt und in großer Einmütigkeit verabschiedet wurde, wendet sich entschieden gegen „Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge“ und fordert, „gerade Politikerinnen und Politiker sollten in ihren Reden eine große Umsicht an den Tag legen, um nicht unwillentlich Vorbehalte und Ressentiments in Teilen der Gesellschaft Vorschub zu leisten.“ Für uns ist diese Erklärung das deutliche Signal, dass die Beschäftigung mit innerkirchlichen Themen nicht davon ablenkt, sich mit aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen zu befassen. Vielmehr schafft die Verbesserung der innerkirchlichen Kommunikations- und Diskurskultur auch bessere Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Engagement. Auch dies zeigt: Weltdienst und kirchliche Erneuerung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.